



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM



128,12 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS



50,21 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

„Die Wärmewende gelingt nur mit einer klaren Strategie, verlässlichen Investitionen und einer starken Infrastruktur.“

Klaus Eder, Geschäftsführer der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm, zu dem Wärmetransformationsplan und den digitalen Wärmekompass, welche die Stadtwerke nun vorgelegt haben.

KLIMASCHUTZ

Kommunen pochen auf klare Wärmeregeln

WASSERSTOFF

Wie Zertifizierung den H2-Markt prägt

F&E

Bund fördert europäische Fusionstechnik

Inhalt

TOP-THEMA

→ **KLIMASCHUTZ:** Experten erwartet Überschreitung des CO2-Budgets

POLITIK & RECHT

- **KLIMASCHUTZ:** Kommunen pochen auf klare Wärmeregeln
- **THÜRINGEN:** Wärmekataster entlastet Kommunen
- **ENERGIEWENDE:** Bayern muss bei Energie unabhängiger werden

HANDEL & MARKT

- **WASSERSTOFF:** Wie Zertifizierung den H2-Markt prägt
- **STROM:** Deutschland wird wieder Stromexporteur
- **MOBILITÄT:** Stadtwerke München ordnen Ladetarife neu
- **VERTRIEB:** Köln startet Mieterstromprojekt für 435 Wohnungen
- **H2-PREISINDEX:** Gestehungskosten wieder am steigen
- **STATISTIK DES TAGES:** Monatlich produzierte Strommenge aus Windkraft

TECHNIK

- **F&E:** Bund fördert europäische Fusionstechnik
- **STROMMARKT:** Neues Angebot für Haushalte mit E-Auto
- **PHOTOVOLTAIK:** Solarpark Auhofen geht im Juli ans Netz

→ **ÖSTERREICH:** Verbund beteiligt sich an Start-up für Cloud Computing

UNTERNEHMEN

→ **STADTWERKE:** Wärmeplanung in Neu-Ulm und Senden kommt voran

→ **GAS:** OMV startet Gasförderung in Wittau

→ **PERSONALIE:** CFO Zoellmann verlässt Alterric

MARKTBERICHTE

→ **MARKTKOMMENTAR:** Gaspreise steigen wieder über 50 Euro

SERVICE

→ **ENERGIEDATEN**

→ **STELLENANZEIGEN**

→ **REDAKTION**

→ **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Experten erwartet Überschreitung des CO2-Budgets



Der Expertenrat für Klimafragen (ERK). Quelle: Susanne Harmsen

KLIMASCHUTZ. Der Expertenrat für Klimafragen sieht die deutschen Klimaziele bis 2030 gefährdet. Er empfiehlt der Bundesregierung dringend eine Überarbeitung ihres Klimaschutzprogramms.

Der Expertenrat für Klimafragen (ERK) hat die Emissionsdaten für das Jahr 2025 bestätigt, zugleich aber erhebliche Zweifel an den aktuellen Klimaprojektionen der Bundesregierung geäußert. Nach Einschätzung des unabhängigen Gremiums werden die Treibhausgasemissionen bis 2030 höher ausfallen als in den Projektionsdaten 2026 angenommen. Der Rat erwartet deshalb eine Überschreitung des zulässigen Emissionsbudgets um 60 bis 100 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente.

Die Emissionen Deutschlands gingen 2025 laut Umweltbundesamt (UBA) lediglich um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Rückgänge in der Energiewirtschaft und der Industrie seien durch höhere Emissionen in den Bereichen Gebäude und Verkehr nahezu vollständig ausgeglichen worden. Der Expertenrat bestätigte die Berechnungen des Umweltbundesamts grundsätzlich. Die Projektionsdaten 2026 kommen zu dem Ergebnis, dass Deutschland das zulässige Emissionsbudget bis 2030 knapp einhalten könne.

Geplante Gesetze gefährden Zielerreichung

Der Expertenrat widerspricht dieser Einschätzung jedoch. Nach Ansicht des Gremiums unterschätzen die Annahmen insbesondere in den Sektoren Energiewirtschaft und Gebäude die tatsächlichen Emissionen. Barbara Schломann, Vorsitzende des Expertenrats, erklärte, die zugrunde liegenden Annahmen müssten aktualisiert werden. Zudem seien regulatorische Änderungen wie das geplante Gebäudemodernisierungsgesetz bislang nicht berücksichtigt worden.

Der Expertenrat verweist außerdem darauf, dass neben dem 65-Prozent-Minderungsziel für 2030 auch weitere Ziele voraussichtlich verfehlt werden. Das betreffe unter anderem das 88-Prozent-Minderungsziel für 2040, die Vorgaben der europäischen Lastenteilungsverordnung sowie das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045.

Auch das Klimaschutzprogramm 2026 bewertet der Expertenrat kritisch. Nach einer erneuten Prüfung sowie einer Stichprobe einzelner Maßnahmen komme das Gremium zu dem Schluss, dass die tatsächliche

Minderungswirkung des Programms geringer ausfallen dürfte als von der Bundesregierung angenommen. Selbst bei vollständiger Umsetzung seien die gesetzlichen Klimaziele bis 2040 aus Sicht des Rates nicht erreichbar.

Zusätzliche Maßnahmen gefordert

Sollte der Expertenrat im kommenden Jahr erneut eine Überschreitung des Emissionsbudgets feststellen, müsste die Bundesregierung laut Klimaschutzgesetz zusätzliche Maßnahmen vorlegen. Nach Einschätzung des Gremiums genüge das bestehende Klimaschutzprogramm nicht, um die Nachsteuerungspflicht abzuwenden. Zudem könnten weitere Klagen gegen die Klimapolitik der Bundesregierung folgen.

Besonders kritisch bewertet der Expertenrat den Bereich Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft, den sogenannten „LULUCF“-Sektor. Statt zu einer CO₂-Senke zu werden, bleibe der Bereich laut den Projektionsdaten bis 2050 eine Treibhausgasquelle. Julia Pongratz, Mitglied des Expertenrats, erklärte, der bestehende Instrumentenkatalog reiche nicht aus, um den Handlungsbedarf in diesem Bereich zu bewältigen.

Umweltministerium prüft den Bericht

Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) kündigte an, die Warnungen des Expertenrats sorgfältig prüfen zu lassen. Die Klimaziele seien nicht nur für den europäischen Klimaschutz relevant, sondern auch für die Versorgungssicherheit Deutschlands. Schneider verwies auf die geopolitischen Unsicherheiten infolge des Iran-Konflikts und der Blockade der Straße von Hormus. Diese Entwicklungen könnten die Bedeutung erneuerbarer Energien weiter erhöhen.

Der Minister sprach sich für eine konsequente Umsetzung der bereits beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen aus. Dazu gehörten unter anderem das Förderprogramm für Elektroautos, der weitere Ausbau erneuerbarer Energien sowie Reformen beim europäischen Emissionshandel. Auch die Haushaltsberatungen seien mit Blick auf Anreize für den Heizungstausch von Bedeutung.

Scharfe Kritik aus den Umweltverbänden

Kritik an der Klimapolitik der Bundesregierung kam zudem von Umweltverbänden. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) sieht sich durch das Gutachten in ihrer Klimaklage bestätigt und fordert Nachbesserungen beim Klimaschutzprogramm. Greenpeace sprach von einem deutlichen Signal für strengere Maßnahmen insbesondere im Verkehrs- und Gebäudesektor. Die Klima-Allianz Deutschland, der AWO-Bundesverband und der Deutscher Caritasverband forderten einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien sowie Investitionen in klimafreundliche Mobilität und Heizsysteme.

Der Expertenrat für Klimafragen wurde 2020 eingerichtet und überprüft nach dem Klimaschutzgesetz die Emissionsdaten und Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung. Seit September 2025 gehören dem Gremium Barbara Schlomann, Marc Oliver Bettzüge, Tanja Kneiske, Allister Loder und Julia Pongratz an.

Der [Bericht des Klimarates vom 18. Mai 2026](#) steht im Internet zur Einsicht bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / Lightspring

Kommunen pochen auf klare Wärmeregeln

KLIMASCHUTZ. Kommunen, Stadtwerke und Verbände warnen vor Unsicherheit durch die geplante Reform des Gebäudeenergiegesetzes. Sie befürchten Verzögerungen bei der Wärmewende mit hohen Kosten.

Die geplante Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) hin zu einem Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) stößt bei Kommunen, Stadtwerken und Umweltverbänden auf Kritik. Vertreterinnen und Vertreter aus Frankfurt am Main, Mannheim, den Stadtwerken Vaihingen an der Enz sowie den Netzwerken Klima-Bündnis und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) warnten am 18. Mai in einem Webinar vor Rückschritten bei der kommunalen Wärmewende.

Nach Angaben der Beteiligten drohen bereits laufende Wärmeplanungen und Investitionen ins Stocken zu geraten. Viele Kommunen hätten ihre Wärmepläne bereits erstellt oder seien mitten in der Umsetzung. Nun fehlten verlässliche bundespolitische Rahmenbedingungen.

Kommunen planen bereits

Tina Zapf-Rodriguez, Dezernentin für Umwelt, Klima und Frauen der Stadt Frankfurt am Main und Vorstandsmitglied des Klima-Bündnis, erklärte, die Stadt habe ihren Wärmeplan bereits im Entwurf vorgelegt. Dieser solle Bürgerinnen und Bürgern Orientierung für eine bezahlbare und klimaneutrale Wärmeversorgung geben. Gleichzeitig beobachte die Kommune jedoch, dass auf Bundesebene erneut über grundlegende Regeln diskutiert werde. Das gefährde laut Zapf-Rodriguez Vertrauen und Investitionen.

Die Stadt Frankfurt am Main arbeitet nach eigenen Angaben an milliardenschweren Investitionen in die Wärmewende. Kommunen und Stadtwerke könnten diese Transformation jedoch nur bewältigen, wenn der Bund langfristig stabile Rahmenbedingungen schaffe, sagte Zapf-Rodriguez. Kurzfristige Richtungswechsel führten dagegen zu Verzögerungen und steigenden Kosten.

Auch Anselm Laube, Leiter der Stadtwerke Vaihingen an der Enz, forderte mehr Planungssicherheit. Die Stadtwerke versorgen die Kommune unter anderem mit Strom, Gas und Wärme. Laut Laube müsse die Reform die Realität der Kommunen als zentrale Akteure der Wärmewende berücksichtigen.

Klarheit über Förderung gefordert

Der Bund habe mit Förderprogrammen für erneuerbare Wärmenetze sowie dem Deutschlandfonds zwar erste Finanzierungsinstrumente geschaffen. Zusätzlich brauche es aber eine klare politische Kommunikation zugunsten der Energiewende, sagte Laube. Verbraucherinnen und Verbraucher müssten sich langfristig auf bezahlbare erneuerbare Wärme verlassen können.

Ähnlich äußerte sich Diana Pretzell, erste Bürgermeisterin der Stadt Mannheim. Die baden-württembergische Kommune verfolge einen konkreten Fahrplan für die Wärmeversorgung ihrer Stadtteile. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Technologieoffenheit dürfe jedoch nicht dazu führen, dass Bürgerinnen und Bürger aus Unsicherheit erneut in fossile Heizsysteme investierten, erklärte Pretzell. Diese könnten langfristig zur Kostenfalle werden.

Kritik kommt auch vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Dieser setzt sich mit Sitz in Berlin bundesweit für Umwelt- und Klimaschutz ein. Irmela Benz Colaco, Leiterin der Gebäude- und Wohnpolitik des Verbandes, erklärte, Kommunen, Unternehmen und private Haushalte müssten bereits heute in erneuerbare Heizsysteme investieren. Dafür brauche es Unterstützung der Bundesregierung.

Fossile Falle befürchtet

Stattdessen ermögliche die Bundesregierung nach Einschätzung des Verbandes weiterhin den Einbau fossiler Technik und stelle das geplante Enddatum für fossiles Heizen infrage. Das könne bestehende Wärmepläne gefährden und die Abhängigkeit Deutschlands von fossilen Energieimporten verlängern, sagte Benz Colaco.

Die beteiligten Kommunen und Organisationen fordern daher eine verlässliche und langfristige Ausrichtung der Bundespolitik. Nur mit stabilen gesetzlichen Vorgaben könnten Städte, Stadtwerke und Verbraucherinnen und Verbraucher Investitionen in klimaneutrale Wärmeversorgung absichern.

// VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG





Neue Einnahmequelle für Stadtwerke

Der Batteriespezialist Tesvolt baut nicht nur Co-Location-Speicherprojekte und Batterieparcs, sondern bietet auch die Vermarktung des Stroms an der Börse und gleichzeitig die Teilnahme am Regenergiemarkt an. So erwirtschaften Stadtwerke besonders hohe Erlöse.

Tesvolt begleitet Stadtwerke von der ersten Idee bis zum laufenden Betrieb der Batteriespeicher. Kunden erhalten alle Leistungen aus einer Hand.

Besuchen Sie Tesvolt auf der **ees Europe 2026**

 **Messe München | Halle B2 | Stand 110**
 **23. – 25. Juni 2026**

// JETZT TERMIN FÜR EES EUROPE VEREINBAREN oder **Kontakt aufnehmen unter +49 (0) 3491 / 87 97 100**

Wärmekataster entlastet Kommunen



Quelle: Shutterstock / rarrarorro

THÜRINGEN. Mehr als 200 Thüringer Kommunen nutzen laut Landesenergieministerium im ersten Jahr das digitale Wärmekataster, das Daten für die gesetzlich vorgeschriebene Wärmeplanung bereitstellt.

Mehr als 200 Städte und Gemeinden in Thüringen greifen bei ihrer Kommunalen Wärmeplanung inzwischen auf das sogenannte „Thüringer Wärmekataster“ zurück. Das teilte das Thüringer Umwelt- und Energieministerium am 18. Mai in Erfurt mit. Die digitale Datenplattform wird seit einem Jahr von der landeseigenen Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur GmbH – kurz „ThEGA“ – bereitgestellt. Zu den nutzenden Kommunen zählen laut Ministerium unter anderem Vogelsberg, Artern, Seligenstädt und Ecklingrode.

Mit dem Wärmeplanungsgesetz des Bundes müssen alle Kommunen bis spätestens Mitte 2028 einen kommunalen Wärmeplan vorlegen. Für Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern gilt eine frühere Frist: Erfurt und Jena müssen ihre Planungen bereits bis Ende Juni 2026 abschließen. Ziel der Wärmeplanung ist es, Wege für eine klimafreundliche Wärmeversorgung von Wohngebäuden, Gewerbe und öffentlichen Einrichtungen aufzuzeigen.

Das Thüringer Wärmekataster soll Kommunen und Planungsbüros die dafür notwendige Datenerhebung erleichtern. Nach Angaben des Ministeriums enthält die Plattform Informationen zum Wärmebedarf aller beheizten Wohngebäude im Freistaat. Hinzu kommen Angaben zu energetischen Sanierungspotenzialen. Die Daten reichen laut Ministerium von Gebäudehöhe und Nutzung über Baujahr bis hin zur jeweiligen Heizungsart.

Datengrundlage für die Wärmeplanung

Die Thega hat das Wärmekataster im Auftrag des Ministeriums entwickelt. Die Daten stehen den Kommunen digital zur Verfügung und können für einzelne Straßenzüge oder Quartiere ausgegeben werden. Nach Angaben der Thega sind die Informationen speziell für Geoinformationssysteme aufbereitet.



Kommunale Wärmeplanung in Thüringen
Quelle: Thega

Landesenergieminister Tilo Kummer (BSW) erklärte, die hohe Nachfrage zeige, dass sich der Rechercheaufwand für die Kommunen verringere. Dadurch könnten auch Kosten gesenkt werden. Zugleich verwies der Minister auf die Bedeutung industrieller Abwärme sowie von Rechenzentren und Kläranlagen für die künftige Wärmeversorgung. Dort gebe es häufig ungenutzte Potenziale, die Wärmenetze wirtschaftlicher machen könnten. Thüringen wolle dazu bei der kommenden Energieministerkonferenz einen Antrag einbringen.

Nach Angaben des Ministeriums ist die Wärmeplanung inzwischen für rund 1,1 Millionen Einwohner in Thüringen weit fortgeschritten. Wärmepläne liegen demnach unter anderem bereits für Eisenach, Rudolstadt, Jena und Sömmerda vor. Dabei zeichne sich ab, dass bestehende Wärmenetze ausgebaut oder verdichtet werden sollen.

Fernwärme wird ausgebaut

Thüringen verfügt laut Ministerium bereits über ein vergleichsweise dichtes Fernwärmenetz. Die Wärmeversorgung basiert jedoch weiterhin zu 97 Prozent auf fossilen Energieträgern, vor allem Erdgas. Die Landesregierung prüft deshalb nach eigenen Angaben neue kreditbasierte Finanzierungsinstrumente, um die Umstellung auf erneuerbare Energien bis 2045 zu unterstützen.

Die Kommunale Wärmeplanung soll Bürgern, Unternehmen und Energieversorgern Orientierung darüber geben, welche Form der Wärmeversorgung künftig vor Ort vorgesehen ist. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen zum aktuellen Wärmeverbrauch, zu Einsparpotenzialen sowie zur Nutzung erneuerbarer Energien und Abwärmequellen. Außerdem soll geklärt werden, welche Gebiete sich für Wärmenetze eignen und wo dezentrale Heizsysteme wirtschaftlicher sind.

Dieter Sell, Geschäftsführer der Thega, erklärte, mit den bislang verfügbaren Informationen sei die Einschätzung möglicher Leistungs- und Liefermengen neuer Wärmenetze oft schwierig gewesen. Das Wärmekataster schließe diese Lücke und schaffe eine belastbare Grundlage für die Kommunale Wärmeplanung.

Das [Thüringer Wärmekataster](#) steht auf der Internetseite der Thega bereit. // VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Bayern muss bei Energie unabhängiger werden



Quelle: Pixabay / Hans

ENERGIEWENDE. Der Freistaat im Süden Deutschlands importiert jedes Jahr Öl und Gas im Milliardenwert. Das ginge auch anders, argumentieren die Grünen. Und haben dafür ein paar Ideen.

Die Landtags-Grünen fordern mehr Energie Made in Bayern, um den Freistaat rasch unabhängiger von Öl und Gas zu machen. Konkret plädieren sie in einem neuen Antragspaket für den Landtag unter anderem für sogenannte Wasserstoffsprinterkraftwerke: Die Staatsregierung soll sich dafür einsetzen, dass solche Kraftwerke ausgeschrieben werden, und dann dafür sorgen, dass möglichst das erste davon nach Bayern kommt.

Dabei handelt es sich um Kraftwerke, die Strom aus grünem Wasserstoff produzieren sollen – und die relativ schnell ans Netz gehen sollen, da etwa eine Anbindung an eine bestehende Wasserstoffinfrastruktur gegeben ist, an einen Wasserstoffspeicher, ein regionales Netz oder einen Wasserstoff-Cluster, oder da an dem Standort eine Importmöglichkeit für Wasserstoff gegeben ist. Zudem sollen sie schnell hochgefahren werden können, quasi als Backup, wenn erneuerbare Energien wie Wind und Sonne nicht ausreichend verfügbar sind.

Söder soll Ruder in die Hand nehmen

Zudem fordern die Grünen mehr Stromspeicherkapazitäten in Bayern. Noch immer gehe in Bayern wertvoller Sonnen- und Windstrom verloren, da Anlagen aus Netzgründen abgeregelt werden. Unter anderem brauche es eine stärkere Förderungen für die Nachrüstung von Speichern. Und schließlich warnen die Grünen den Bund vor Rückschritten bei der Ausschreibung von Biogasanlagen.

„Allein im vergangenen Jahr hat Bayern für Öl- und Gasimporte rund 6,5 Milliarden Euro ins Ausland überwiesen – Geld, das wir dringend in unsere Energieunabhängigkeit investieren sollten“, sagte Grünen-Fraktionschefin Katharina Schulze. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) müsse nun „das Ruder in die Hand nehmen und sowohl hier vor Ort als auch in Berlin für die Energiezukunft des Freistaats kämpfen“, forderte sie.

Der Sprecher für Energie und Klimaschutz der Grünen-Fraktion, Martin Stümpfig, sagte: „Wir zeigen einen besseren Weg für Bayern auf: Grüner Wasserstoff für die Industrie, Batteriespeicher für überschüssigen Strom aus Sonne und Wind und Biogas als Reserve für Dunkelflauten. Das sind echte Freiheitsenergien – sauber, bezahlbar und unabhängig von fossilen Importen.“ Wer Versorgungssicherheit wolle, müsse endlich in die Energie von morgen investieren, nicht Milliarden in die Abhängigkeiten von gestern stecken. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Shutterstock / Alexander Limbach

Wie Zertifizierung den H2-Markt prägt

WASSERSTOFF. Im Rahmen des Fraunhofer-Projekt „HySecunda“ ist ein Whitepaper entstanden, das analysiert, wie sich Zertifizierungsanforderungen auf den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft auswirken.

Wie können Länder im südlichen Afrika zu wichtigen Akteuren im globalen Handel mit grünem Wasserstoff werden? Und welchen Einfluss haben die Nachhaltigkeits- und Zertifizierungsvorgaben potenzieller Importländer auf diese Entwicklung? Ein neues Whitepaper untersucht diese Fragen – und beschreibt, warum strategische Entscheidungen bereits in frühen Projektphasen wichtig sind.

„Mit Hy Secunda tragen wir gleichermaßen zur Energiesicherheit in Deutschland und Europa und zur wirtschaftlichen Entwicklung im südlichen Afrika bei“, erklärt Christoph Nolden von der Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen und Geotechnologien IEG dazu. Das Projekt sei ein Baustein für den internationalen Markthochlauf von grünem Wasserstoff und seiner Derivate. Es modelliere detailliert regionale erneuerbare Energien, einzelne Power-to-X-Projekte sowie den Wasserstoff-Weltmarkt. Es werden Aspekte wie Wasserverfügbarkeiten und Landnutzung untersucht, die Entwicklung von Stromerzeugungskapazitäten sowie von Exportmöglichkeiten.

Das Hy-Secunda-Projektteam verfolge, wie es in einer Fraunhofer-Mitteilung heißt, einen systemischen Ansatz, der Technologieentwicklung, regulatorische Rahmenbedingungen und Capacity Building integriert zusammenführt. Erst wenn diese drei Dimensionen gemeinsam gedacht würden, könnten nachhaltige Wertschöpfung, internationale Marktintegration und belastbare Wasserstoffpartnerschaften entstehen.

Qualitative Analyse relevanter Importmärkte

Im Rahmen des Vorhabens wurde jetzt ein Whitepaper veröffentlicht. Sein Titel lautet „Navigating PtX Certification Challenges: Qualitative Assessment of Sustainability Requirements and Cost Dynamics for Exports from the SADC Region“. Der Fachbeitrag bietet einen umfassenden Überblick über politische, rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen für PtX-Exporte aus Ländern der Entwicklungsgemeinschaft südliches Afrika (SADC).

Analysiert werden auch vier potenzielle Importregionen – die Europäische Union, das Vereinigte Königreich, Südkorea und Japan – mit Blick auf ihre jeweiligen Zertifizierungsschemata, rechtlichen Anforderungen und Marktanzreizmechanismen. Dabei geht es unter anderem um die Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU (RED III) sowie Instrumente wie „H2Global“, „atmosfair fairfuel“ und verschiedene Quoten für nachhaltige Flugkraftstoffe.

Ein zentrales Ergebnis der Untersuchung ist, dass sich die Nachhaltigkeitskriterien in den betrachteten Importregionen deutlich unterscheiden und in der EU am striktesten und detailliertesten ausgestaltet sind. „Diese unterschiedlichen Anforderungen wirken sich unmittelbar auf das technische Systemdesign, die Auslegung der PtX-Produktionsanlagen sowie auf Investitions- und Betriebskosten aus“, erläutert Elena Timofeeva, Forscherin am Fraunhofer IEG und Mitautorin des Whitepapers. Für Projektentwickler bedeute das, dass eine frühzeitige Festlegung auf einen Zielmarkt erforderlich ist, um Anlagen zertifizierungskonform und wirtschaftlich auslegen zu können.

DIN-Norm für Nachhaltigkeitskriterien

Schließlich fasst das Whitepaper politisches Feedback zu den PtX-Kriterien der EU sowie Ergebnisse aus Stakeholder Diskussionen zur PtX-Zertifizierung in der SADC-Region zusammen. Aufbauend auf den qualitativen Erkenntnissen sind im Projekt Hy Secunda weiterführende quantitative Analysen geplant, die den Einfluss der Nachhaltigkeitsanforderungen auf Kostenstrukturen und Systemkonfigurationen von PtX-Anlagen vertiefend untersuchen sollen.

Sowohl in der EU als auch auf anderen potenziellen Absatzmärkten müssen Wasserstoff und dessen Derivate bestimmten Nachhaltigkeitskriterien entsprechen. Dabei wirkt das Fraunhofer IEG an der Entwicklung der DIN-Norm DIN 35809 „Nachhaltigkeitskriterien für Wasserstoff und Wasserstoffderivate“ mit. Die Norm soll Grundsätze, Kriterien und Indikatoren definieren, um eine umfassende Bewertung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeitsaspekte von Erzeugung, Transport und Speicherung von Wasserstoff und seinen Derivaten zu ermöglichen.

Das 46-seitige Whitepaper „[Navigating PtX Certification Challenges: Qualitative Assessment of Sustainability Requirements and Cost Dynamics for Exports from the SADC-region](#)“ ist über die Internetseite der Fraunhofer-Gesellschaft downloadbar.

Das Projekt „HySecunda“

Das Hy-Secunda-Projekt hat zum Ziel, den Aufbau einer Wasserstoff-Exportwirtschaft in der Region zu untersuchen, zu unterstützen und zu begleiten. Das geschieht auf den drei Gebieten Capacity Building, Markt- und Systemanalyse inklusive Zertifizierung sowie Technologieentwicklung. Beteiligte externe Partner sind Linde, ITM Linde Electrolysis, Sasol und Enertrag SE.

// VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

Deutschland wird wieder Stromexporteur



Quelle: Shutterstock

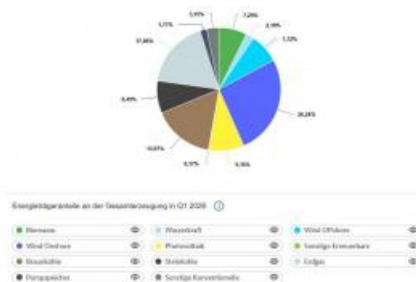
STROM. Deutschland hat im ersten Quartal 2026 wieder mehr Strom exportiert als importiert. Höhere Einspeisungen aus Windkraft senkten laut Bundesnetzagentur die Großhandelspreise.

Die Stromerzeugung in Deutschland ist im ersten Quartal 2026 deutlich gestiegen. Nach Angaben der Bundesnetzagentur erhöhte sich die realisierte Stromerzeugung gegenüber dem Vorjahresquartal um 7,0 Prozent auf 126,0 Milliarden kWh. Gleichzeitig stieg der Stromverbrauch um 1,9 Prozent auf 127,2 Milliarden kWh.

Vor allem die erneuerbaren Energien trugen zur höheren Einspeisung bei. Ihr Anteil an der gesamten Stromerzeugung lag bei 52,8 Prozent, nach 49,4 Prozent im Vorjahresquartal. Die Einspeisung aus Windkraft an Land erhöhte sich um 22,8 Prozent auf 33,1 Milliarden kWh. Die Offshore-Windkraft erreichte mit 9,7 Milliarden kWh einen neuen Höchstwert für ein erstes Quartal. Einspeisung aus Photovoltaik blieb mit 11,5 Milliarden kWh nahezu stabil.

Die Bundesnetzagentur führt die Entwicklung, insbesondere auf ein windstärkeres Quartal zurück. Gleichzeitig habe der Ausbau der Photovoltaik trotz eines vergleichsweise sonnenarmen Februars hohe Einspeisewerte ermöglicht.

Bei den konventionellen Energieträgern legte vor allem Erdgas zu. Die Einspeisung aus Gaskraftwerken stieg im Quartalsvergleich um 5,8 Prozent auf 22,5 Milliarden kWh. Dagegen sank die Stromerzeugung aus Braunkohle um 5,0 Prozent auf 20,1 Milliarden kWh und aus Steinkohle um 3,0 Prozent auf 10,7 Milliarden kWh.



Anteil deutscher Stromquellen im ersten Quartal 2026

(zur Vergrößerung bitte auf die Grafik klicken)

Quelle: Smard

Strompreise schwanken stärker

Nach Angaben der Bundesnetzagentur wirkten sich die im Jahresvergleich niedrigeren Gaspreise sowie höhere Preise für CO₂-Zertifikate zugunsten der Gaskraftwerke aus. Allerdings habe sich dies mit Beginn des Iran-Konflikts Ende Februar teilweise geändert. Steigende Gaspreise hätten dazu geführt, dass Kohlekraftwerke in der sogenannten Merit-Order wieder häufiger vor Gaskraftwerken zum Einsatz kamen.

Im März sank die Stromerzeugung aus Erdgas deshalb deutlich auf 4,6 Milliarden kWh. Im Januar hatte sie noch bei 9,8 Milliarden kWh gelegen. Parallel dazu nahm die Einspeisung aus Kohlekraftwerken wieder zu. Die Entwicklung wirkte sich auch auf die Großhandelspreise aus. Der durchschnittliche Strompreis am Day-Ahead-Markt sank im ersten Quartal um 8,7 Prozent auf 102,17 Euro/MWh. Damit lag der deutsche Großhandelspreis erstmals seit längerem unter dem Durchschnitt der europäischen Nachbarländer.

Laut Bundesnetzagentur sorgten die hohe Einspeisung aus erneuerbaren Energien sowie niedrigere Gaspreise im Quartalsmittel für den Preisrückgang. Besonders hohe Strompreise von mehr als 300 Euro/MWh traten nur noch in zwölf Viertelstunden auf. Im Vorjahresquartal waren es noch 60 Viertelstunden gewesen.

Gleichzeitig nahmen die Preisschwankungen gegen Ende des Quartals wieder zu. Vor allem im März kam es häufiger zu starken Ausschlägen bei den Viertelstundenpreisen. Die Behörde führt dies auf die steigende Photovoltaik-Einspeisung bei gleichzeitig sinkendem Stromverbrauch sowie auf höhere Gaspreise zurück.

Deutschland wieder Nettoexporteur

Im Außenhandel wurde Deutschland erstmals seit dem vierten Quartal 2023 wieder Nettoexporteur von Strom. Die Exporte stiegen im Vergleich zum Vorjahresquartal um 23,5 Prozent auf 17,9 Milliarden kWh. Die Importe gingen dagegen um 17,5 Prozent auf 15,3 Milliarden kWh zurück. Daraus ergab sich ein Nettoexport von 2,6 TWh. Im ersten Quartal 2025 hatte noch ein Nettoimport von 4,0 Milliarden kWh vorgelegen.

Die Bundesnetzagentur begründet die Entwicklung vor allem mit den niedrigeren deutschen Großhandelspreisen. Dadurch sei Strom aus Deutschland für ausländische Versorger häufiger wirtschaftlich attraktiv gewesen.

Wichtigster Abnehmer deutscher Stromexporte blieb Österreich mit 4,1 Milliarden kWh. Besonders stark stiegen die Lieferungen nach Dänemark und Norwegen. Deutlich zurück gingen dagegen die Exporte nach Frankreich. Größter Stromlieferant für Deutschland war erneut Dänemark vor den Niederlanden und Frankreich. Bei den Importen spielte Kernenergie weiterhin die größte Rolle unter den einzelnen Energieträgern.

Auch bei den Exporten dominierte die Windkraft an Land. Insgesamt stammten 57,1 Prozent der deutschen Stromexporte aus erneuerbaren Energien. Im Vorjahresquartal hatte der Anteil noch bei 54,7 Prozent gelegen.

Die **Strom-Quartalszahlen 2026** stehen auf der Interentseite von Smard, einer Informationsplattform der Bundesnetzagentur, zur Einsicht bereit. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerke München ordnen Ladetarife neu



Quelle: SWM / Marcus Schlaf

MOBILITÄT. Die Stadtwerke München bieten von Juli an drei neue Ladetarife für E-Fahrzeuge an. Bislang gelten einheitliche Tarife.

Die Stadtwerke München (SWM) wollen E-Autofahrenden mehr Möglichkeiten bieten, einen passenden Ladetarif zu finden, teilten die SWM am 18. Mai mit. Daher bietet der kommunale Münchner Versorger nun drei Ladetarife an: für die gelegentliche Nutzung, für die regelmäßige Nutzung und für Vielladerinnen und Viellader.

Bislang galten für Kundinnen und Kunden mit SWM-Ladekarte einheitliche Preise ohne monatliche Grundgebühr. Für das Laden mit Wechselstrom (AC) berechneten die SWM 0,49 Euro/kWh und für Gleichstromladen (DC) 0,69 Euro/kWh. Die Preise galten sowohl an den eigenen Ladepunkten als auch bei Roamingpartnern.

Drei Tarifstufen der SWM ab Juli

Künftig unterscheiden die Stadtwerke zwischen einem Flex-, Komfort- und Pro-Tarif. Der Flex-Tarif bleibt ohne monatliche Grundgebühr. Die Arbeitspreise entsprechen dort dem bisherigen Modell mit 0,49 Euro/kWh beim AC-Laden und 0,69 Euro/kWh beim DC-Laden. Im Komfort-Tarif fällt eine monatliche Grundgebühr von 4,95 Euro an. Dafür sinken die Arbeitspreise auf 0,44 Euro/kWh für AC-Laden und 0,64 Euro/kWh für DC-Laden. Der Pro-Tarif richtet sich nach Angaben der SWM an Viellader. Die monatliche

Grundgebühr beträgt 14,95 Euro. Die Preise pro Kilowattstunde liegen bei 0,42 Euro/kWh (AC) und 0,54 Euro/kWh (DC).

Da die SWM nach eigenen Angaben bestehende Ladekartenverträge nicht einseitig anpassen können, kündigt das Unternehmen die laufenden Verträge zum Ende Juni 2026. Kundinnen und Kunden erhalten dazu nach Unternehmensangaben derzeit Informationen per Post oder E-Mail.

Über das Kundenportal können die Nutzerinnen und Nutzer bereits vor Inkrafttreten der neuen Tarifstruktur ein neues Tarifmodell auswählen. Die bestehende Ladekarte soll weiter genutzt werden können. Zudem kündigen die SWM an, dass ein Tarifwechsel künftig monatlich möglich sein soll. // **VON HEIDI ROIDER**

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Köln startet Mieterstromprojekt für 435 Wohnungen



Quelle: Shutterstock / Thanit PKC

VERTRIEB. In dem Kölner Quartier Ossendorfer Gartenhöfen startet Green Planet Energy gemeinsam mit der Kölner Wohnungsgenossenschaft „Die Ehrenfelder eG“ ein Mieterstromprojekt.

In den Ossendorfer Gartenhöfen in Köln beginnt der Bau eines Mieterstromprojekts mit Photovoltaik und Batteriespeichern. Die Energiegenossenschaft Green Planet Energy setzt das Vorhaben gemeinsam mit der Wohnungsgenossenschaft „Die Ehrenfelder eG“ um. Nach Angaben der Projektpartner handelt es sich um das bislang größte Mieterstromquartier mit Batteriespeichern in Nordrhein-Westfalen.

Auf 55 Wohngebäuden entstehen 42 Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 750 kW. Ergänzend installieren die Beteiligten Batteriespeicher mit zusammen 670 kWh Kapazität. Das Quartier umfasst 435 Wohnungen. Die Bauarbeiten erfolgen abschnittsweise, die vollständige Inbetriebnahme ist bis Ende 2026 vorgesehen. Das Quartier in Köln-Ossendorf wurde zwischen 2018 und 2022 errichtet.

„Die Energiewende darf keine Frage von Eigentum sein. Mit diesem Mieterstromprojekt ermöglichen wir hunderten Haushalten den Zugang zu sauberem Solarstrom und stärken ihre Unabhängigkeit von fossilen Energien“, sagt Nils Müller, Co-Vorstand von Green Planet Energy.

Eigenversorgung soll rund 50 Prozent erreichen

Mit dem Energiekonzept soll ein Teil des Strombedarfs direkt im Quartier gedeckt werden. Nach Angaben der Projektpartner erzeugen die Anlagen jährlich rund 690.000 kWh Strom. Damit lasse sich etwa die Hälfte des Strombedarfs der Haushalte decken. Die Batteriespeicher sollen den Eigenverbrauch erhöhen. Sie werden an den jeweiligen Hausanschlüssen installiert. Wenn die lokale Erzeugung nicht ausreicht, übernimmt Green Planet Energy die Reststromversorgung mit Ökostrom. Die technische Umsetzung übernimmt der Kölner Installationsbetrieb „heimWatt“. Das Investitionsvolumen liegt laut den Projektpartnern bei mehr als 1,28 Millionen Euro.

Mieterstrom gilt seit Jahren als Ansatz, um Photovoltaik in Mehrfamilienhäusern stärker zu nutzen. Der Ausbau verläuft bislang jedoch langsam. Laut einer Analyse des Institut der deutschen Wirtschaft könnten bundesweit bis zu 20 Millionen Haushalte mit Mieterstrom versorgt werden. Tatsächlich existieren in Deutschland bislang rund 5.400 Mieterstromanlagen.

Auch Nordrhein-Westfalen verfolgt das Ziel, Photovoltaik auf Mehrparteienhäusern auszubauen. Das Projekt in Köln-Ossendorf erhält eine Förderung der Stadt Köln und soll erstmals ein Mieterstromkonzept in dieser Größenordnung auf Quartiersebene umsetzen. // VON HEIDI ROIDER

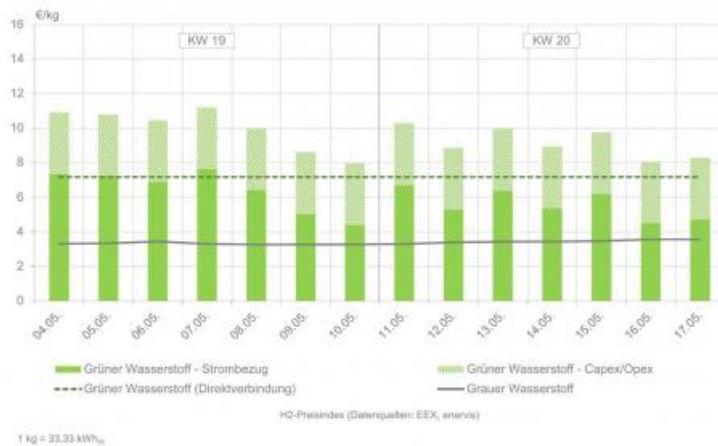
[^ Zum Inhalt](#)

Gestehungskosten wieder am steigen



Quelle: E&M / Shutterstock, wanpatsorn

H2-PREISINDEX. Grüner Wasserstoff ist noch nicht marktreif. Wie sich der Preisvergleich zum grauen Wasserstoff darstellt, zeigt der H2-Preisindex von Enervis und E&M alle zwei Wochen.



Wasserstoffpreisindex in den Kalenderwochen 19 und 20

(Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken)

Quelle enervis energy advisors GmbH EEX

Die Gestehungskosten für strommarktbasierteren grünen Wasserstoff sind in den vergangenen zwei Wochen wieder stark angestiegen. Das Zweiwochenhoch lag bei 11,19 Euro pro Kilogramm, das Zweiwochentief bei 7,96 Euro pro Kilogramm. Im Wochenmittel ist der Preis von 9,99 auf 9,16 Euro/Kilogramm gesunken.

Die Gestehungskosten für grauen Wasserstoff bewegten sich im Wochenverlauf zwischen 3,26 und 3,55 Euro/Kilogramm. Das Preisniveau lag damit weiterhin konstant unterhalb des strommarktbasierteren Wasserstoffs sowie der Insellösung aus Erneuerbaren-Energie-Anlage und Elektrolyseur.

Legende zum H2-Preisindex

- **Grüner Wasserstoff:** Gestehungskosten auf Basis von Strompreisen am Spotmarkt, Herkunftsnachweisen* für die jeweiligen Strommengen sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Elektrolyseanlage
- **Grüner Wasserstoff (Direktverbindung):** Gestehungskosten als Benchmark auf Basis von grünem Bezugsstrom einer netzentkoppelten Erneuerbaren-Anlage sowie den Investitions- und

Betriebskosten einer Elektrolyseanlage

- **Grauer Wasserstoff:** Gestehungskosten auf Basis von Erdgaspreisen am Spotmarkt, Preisen für CO2-Zertifikate sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Erdgas-Dampfreformierungsanlage

*Die Anforderungen der Bundesregierung an grünen Wasserstoff werden über die 37. BImSchV an die Anforderungen der Europäischen Union angepasst. Zukünftig müssen die Kriterien der Zusätzlichkeit sowie der zeitlichen / geografischen Korrelation für die Produktion erfüllt sein.

// VON REDAKTION

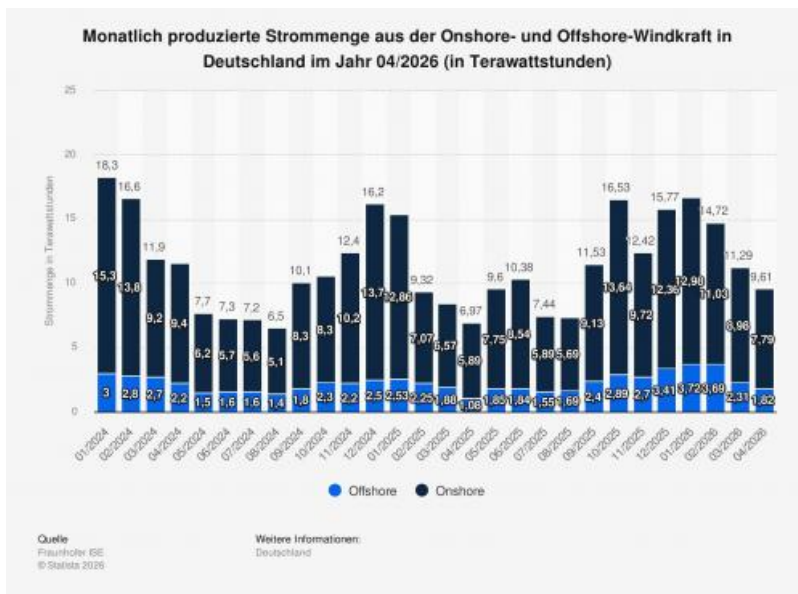
[^ Zum Inhalt](#)

Monatlich produzierte Strommenge aus Windkraft



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Quelle: Statista Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Die Windkraft nimmt eine zentrale Rolle in der deutschen Stromversorgung ein und speist im Vergleich zu den anderen erneuerbaren Energien die mit Abstand größte Strommenge in das deutsche Netz ein. Dabei wird der Großteil jedoch von Onshore-Windkraft produziert. Im April 2026 lag die Strommenge von Windkraft an Land bei knapp 7,79 Terawattstunden. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

TECHNIK



Quelle: Shutterstock

Bund fördert europäische Fusionstechnik

F&E. Fusionstechnologien sollen in Europa schneller aus dem Labor in industrielle Anwendungen kommen. Deutschland beteiligt sich dafür an einem neuen IPCEI.

Deutschland beteiligt sich an einem neuen europäischen Förderprojekt für Fusionstechnologien. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWE) und das Bundesforschungsministerium (BMFTR) teilten am 18. Mai mit, dass die Bundesregierung dem Important Project of Common European Interest (IPCEI) „Innovative Kerntechnologien“ beitrifft. Das Vorhaben soll Forschung, Start-ups, Mittelstand und Industrie entlang zentraler Wertschöpfungsketten zusammenbringen. Die deutsche Förderung konzentriert sich ausschließlich auf Fusionstechnologien. Projekte zur Kernspaltung sind davon ausgenommen.

Mit dem Schritt will die Bundesregierung die Fusion als strategische Technologie in Europa voranbringen. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) sagte, Fusion sei „kein fernes Zukunftsthema“, sondern eine strategische Aufgabe. Das IPCEI solle Forschung, Start-ups und Industrie gezielt verbinden. Reiche verweist dabei auf den Weg von der Idee bis zur ersten Anwendung. Entscheidend sei nun Tempo, damit gute Ideen in Produktion und Skalierung kämen.

Forschungsministerin Dorothee Bär (CSU) knüpft die Beteiligung an das Ziel der Bundesregierung, das erste Fusionskraftwerk der Welt in Deutschland zu ermöglichen. Nach ihren Angaben sollen die Hightech Agenda Deutschland und der Aktionsplan Fusion ein Fusionsökosystem aufbauen. Zugleich betont Bär die europäische Dimension. Nur mit Zusammenarbeit auf EU-Ebene lasse sich das Ziel schneller erreichen.

Projektbeginn für 2027 geplant

Das IPCEI soll nach Regierungsangaben Projekte ermöglichen, die von der Forschung im Labor bis zu ersten industriellen Anwendungen reichen können. Dadurch will der Bund vielversprechende Technologien für die Fusion unterstützen. IPCEI-Projekte verbinden private Investitionen von Unternehmen mit staatlicher Förderung. Sie sollen europäische Ökosysteme für strategisch wichtige Technologien stärken.

Die Bundesregierung will nun geeignete Vorhaben und Partner ausfindig machen. Dafür plant sie ein nationales Interessenbekundungsverfahren. Dieses soll zeitnah beginnen und mit den teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten abgestimmt werden. Anschließend wählt der Bund nationale Projekte aus, die er fördern will. Zudem sollen europäische Partner zusammenfinden und gemeinsame Projektklinien entwickeln.

Der Start der Projekte ist laut Mitteilung für 2027 vorgesehen. Voraussetzung ist die Genehmigung der einzelnen Vorhaben durch die Europäische Kommission. In dieser Legislaturperiode will die Bundesregierung die Fusion mit rund 2,4 Milliarden Euro unterstützen. Das IPCEI-Förderformat soll dafür nun gezielt eingesetzt werden. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Neues Angebot für Haushalte mit E-Auto



Quelle: Katia Meyer-Tien

STROMMARKT. EnBW hat einen flexiblen Stromtarif vorgestellt, der vor allem für E-Auto-Besitzer ohne Smart-Meter interessant sein könnte.

„Viele Haushalte möchten ihren Stromverbrauch transparenter nachvollziehen, Kosten reduzieren und gleichzeitig ihr E-Auto automatisch und intelligent laden. Mit dem neuen Tarif ‚EnBW Strom FlexBonus‘ bieten wir auch Haushalten ohne Smart Meter einen Übergang in die Nutzung von intelligenten Stromtarifen“, kommentiert Volker Bloch, Leiter Sales, Marketing und Operations bei EnBW, das neue Angebot. Es vernetze Stromtarif, E-Mobilität und digitale Angebote intelligent und einfach miteinander, so dass die Kundinnen und Kunden ihre Kosten im Blick hätten und Geld sparen könnten.

Das Laden zu Hause wird im Angebot der EnBW durch Tarife für das Laden unterwegs ergänzt: Wer einen EnBW-Strom- oder Gasvertrag hat und den „EnBW mobility+“-Ladetarif L nutzt, kann sein Auto an den Ladestationen des Unternehmens für 35 statt 39 Cent/ kWh mit Strom versorgen.

Parallel führt die EnBW neue Funktionen in ihrem Heim-Energie-Management-System „Mavi“ ein. Dazu zählen die Anbindung weiterer E-Automodelle sowie eine erweiterte Schnittstelle zur Mobility-App. Kosten für Ladevorgänge an öffentlichen Ladepunkten sind künftig auch in der „zuhaus+ App“ sichtbar.

Kundinnen und Kunden mit einem dynamischen oder zeitvariablen Stromtarif können nach Angaben von EnBW mit Mavi bereits heute die Funktion „intelligentes Laden“ nutzen und durch zeitliches Verlagerung des Ladevorgangs Geld sparen. Auch der neue Flex-Bonus-Tarif, der für Haushalte ohne Smart Meter konzipiert wurde, setzt auf diese Funktion. Der Tarif kombiniert einen festgelegten Strompreis mit einem Bonusmodell. Voraussetzung für den Flex Bonus in Höhe von einmalig 100 Euro im Jahr ist, dass das E-Auto mit Mavi verbunden, die Funktion „intelligentes Laden“ aktiviert ist und mindestens zwei Ladevorgänge pro Monat stattfinden. Das Laden wird dabei automatisiert in geeignete Zeitfenster verschoben.

Um Verbraucherinnen und Verbrauchern den Umstieg zu erleichtern, bietet EnBW bei den dynamischen und zeitvariablen Tarifen übrigens den benötigten Smart Meter inklusive kostenlosem Einbau mit an.

// VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

Solarpark Auhofen geht im Juli ans Netz



Kathrin Alte, Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing, und Guido Schüre, Leiter Erneuerbare Energien in der Region bei den SWM im Solarpark. Quelle: SWM

PHOTOVOLTAIK. Die Stadtwerke München wollen ihren Solarpark in Auhofen im Juli fertigstellen. Die Anlage soll Strom für rund 11.500 Haushalte liefern.

Die Stadtwerke München treiben den Ausbau erneuerbarer Energien in der Region München weiter voran. Wie das kommunale Unternehmen am 15. Mai mitteilte, soll der Solarpark Auhofen in der Gemeinde Anzing im Landkreis Ebersberg im Juli fertiggestellt werden. Die Anlage entsteht seit Anfang des Jahres und befindet sich laut den SWM im Zeitplan.

Nach Angaben des Unternehmens sind inzwischen alle 34.155 Solarmodule installiert. Der PV-Park soll eine Leistung von rund 25 MWp erreichen und jährlich etwa 29 Millionen kWh Ökostrom erzeugen. Das entspreche dem Strombedarf von rund 11.500 Haushalten bei einem angenommenen Jahresverbrauch von jeweils 2.500 kWh.

Die SWM bauen ihre Aktivitäten im Bereich erneuerbarer Energien seit mehreren Jahren aus. Schwerpunkt sei dabei München und das Umland, erklärte das Unternehmen. Ziel sei es unter anderem, die regionale Wertschöpfung zu stärken und die Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten zu verringern.

Nach Angaben der SWM entstehen derzeit vier größere Photovoltaikprojekte in der Region oder sind bereits in Betrieb. Zusammen kommen die Anlagen auf eine Leistung von rund 94 MW. Mit diesen Projekten könnten künftig rund 43.000 Haushalte mit Strom versorgt werden.

Gemeinschaftsprojekt gelungen

Kathrin Alte, Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing, erklärte, der Gemeinderat habe das Projekt von Beginn an unterstützt. „Die Energiewende ist eine gemeinsame Aufgabe, die nicht an Gemeindegrenzen endet“, sagte sie. Zugleich dankte sie den beteiligten Landwirten, Behörden sowie der Isar Green GmbH und den SWM für die Zusammenarbeit.

Guido Schüre, Leiter „Erneuerbare Energien“ in der Region bei den SWM, verwies auf die Bedeutung der Photovoltaik für die Ausbaupläne des Unternehmens. „Die SWM betreiben in München und der Region bereits mehr als 400 Photovoltaikanlagen“, sagte er. Dazu zählten neben Dachanlagen auch mehrere Solarparks.

Die neuen Anlagen sollen nach Angaben der SWM zudem ökologische Funktionen erfüllen. So seien die Solarparks so geplant, dass sie Lebensräume für verschiedene Tier- und Pflanzenarten bieten können.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Verbund beteiligt sich an Start-up für Cloud Computing



Quelle: Pixabay / Brian Penny

ÖSTERREICH. Das österreichische Energieunternehmen Verbund steigt bei Greenpixie, einem britischen Start-up für nachhaltiges Cloud Computing, ein.

„Verbund X Ventures“, Start-up-Investor des Verbund, hat seine Beteiligung am Technologieunternehmen Greenpixie bekanntgegeben. Mit dem rasanten Anstieg von Cloud-Nutzung durch Digitalisierung und KI-Anwendungen, so eine Unternehmensmitteilung, rückten Energieverbrauch und CO₂-Fußabdruck der dahinterstehenden Rechenzentren vermehrt in den Fokus von Kosten- und Nachhaltigkeitsstrategien großer Unternehmen.

Hier setze Greenpixie als Cloud-Effizienzlösung für die Energiewende an. Neben Verbund X Ventures gehören auch Octopus Ventures, Armajaro und Green Angel Ventures zu den Investoren der Finanzierungsrunde über 4,5 Millionen Britische Pfund (umgerechnet rund 5,2 Millionen Euro) mit dem Ziel, die Skalierung der Greenpixie-Plattform zu unterstützen.

Das Kernprodukt des Start-up ergänze, wie es weiter heißt, Cloud- und KI-Infrastrukturen um eine entscheidende Intelligenzschicht für fundierte Entscheidungen. Während herkömmliche Tools primär die Kosten überwachten, mache Greenpixie die Auswirkungen von Cloud-Ressourcen auf CO₂-Emissionen, Energie- und Wasserverbrauch auf Zeilenebene sichtbar. Diese nutzungsbasierte Messtechnologie (ISO-14064-verifiziert) ermögliche es Unternehmen, unnötigen Cloud- und KI-Verbrauch präzise zu identifizieren und dann zu reduzieren. Schätzungen zufolge werden weltweit jährlich Milliarden Dollar für ungenutzte Cloud-Ressourcen verschwendet.

Daten für intelligente Entscheidungen

„Die Cloud ist zu einem der größten und am schnellsten wachsenden Energieverbraucher in Unternehmen geworden, und KI beschleunigt diesen Trend auf ein beispielloses Niveau. Wenn Unternehmen Entscheidungen rund um IT-Infrastruktur, Cloud-Migration und großflächigen KI-Einsatz treffen, brauchen sie Daten, denen sie vertrauen können“, erklärte John Ridd, CEO von Greenpixie. Ziel von Greenpixie sei es, den Kunden genau diese Daten bereitzustellen, damit sie intelligentere Geschäftsentscheidungen treffen und gleichzeitig zum gemeinsamen weltweiten Bemühen beitragen können, Ressourcen nachhaltig zu managen.

Michael Strugl, CEO der Verbund AG: „Greenpixie adressiert ein strukturelles Kundenproblem in einem wachstumsstarken Markt. Die schnelle Validierung bei internationalen Kunden und die erzielten Einsparungen unterstreichen das Skalierungspotenzial der Lösung.“ Nach Angaben des Verbund konnten durch den Einsatz der Software bei Mastercard in nur neun Monaten Einsparungen in Millionenhöhe erzielt werden. // VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Wärmeleitungen. Quelle: Shutterstock / Richard Bradford

Wärmeplanung in Neu-Ulm und Senden kommt voran

STADTWERKE. Die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm haben einen Wärmetransformationsplan und einen digitalen Wärmekompass veröffentlicht und damit Informationsgrundlagen für den Ausbau der Fernwärmeversorgung.

Der Wärmetransformationsplan beschreibt den Ausbau und die Nachverdichtung des bestehenden Fernwärmenetzes in Neu-Ulm und Senden (Baden-Württemberg) sowie den Weg zur schrittweisen Dekarbonisierung der Wärmeerzeugung bis 2045. Ziel ist eine wirtschaftliche, verlässliche und langfristig klimaneutrale Wärmeversorgung für Privatkunden, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, wie es in einer Mitteilung der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm (SWU) heißt.

„Die Wärmewende gelingt nur mit einer klaren Strategie, verlässlichen Investitionen und einer starken Infrastruktur. Mit unserem Wärmetransformationsplan zeigen wir transparent, wie wir die Fernwärme konsequent weiterentwickeln. Das schafft Versorgungssicherheit, weniger CO₂ und eine zukunftsfähige Energieversorgung in unserer Region“, erklärt dazu SWU-Geschäftsführer Klaus Eder.

Ein zentraler Punkt des Plans ist der kontinuierliche Ausbau des Wärmenetzes. Durch einen Netzausbau von durchschnittlich 2,3 Kilometern pro Jahr soll sich die Wärmenetzlänge auf bis zu 113 Kilometer nahezu verdoppeln. Parallel dazu wird der bestehende Erzeugungspark umfassend transformiert. Bereits im Jahr 2040 soll die vollständige Dekarbonisierung abgeschlossen sein. Erste große Maßnahmen sind bereits gestartet: Den Anfang machen zwei Flusswasser-Wärmepumpen-Projekte in Neu-Ulm.

„Fernwärme ist dort besonders sinnvoll, wo viele Gebäude effizient und langfristig versorgt werden können. Unser Ziel ist es, den Netzausbau vorausschauend zu planen und unseren Kundinnen und Kunden frühzeitig Planungssicherheit zu geben. Bedeutend ist dies gerade bei anstehenden Investitionsentscheidungen rund um den Heizungstausch“, so Frank Maierhans, Abteilungsleiter Fernwärme bei den Stadtwerken.

Der gleichzeitig vorgestellte neue Wärmekompass gibt Gebäudeeigentümern und Unternehmen eine digitale Orientierungshilfe für die eigene Wärmeversorgung. Eine interaktive Karte zeigt, wo Fernwärme bereits heute verfügbar ist und in welchen Gebieten in den kommenden Jahren ein Ausbau vorgesehen ist.

// VON GÜNTER DREWNITZKY

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

OMV startet Gasförderung in Wittau



Quelle: Shutterstock / Michal Bednarek

GAS. Nach dreijähriger Entwicklungszeit hat der Konzern das Gasfeld mit rund 48 Milliarden kWh östlich von Wien in Betrieb genommen. Er spricht vom größten Gasfund in Österreich.

Am 18. Mai hat der österreichische Öl-, Gas- und Chemiekonzern OMV offiziell die Förderung in seinem Gasfeld Wittau, etwa vier Kilometer östlich von Wien, aufgenommen. Dies teilte er in einer Aussendung mit. Das Gasfeld enthält rund 48 Milliarden kWh Erdgas und wird von der OMV als „größter Gasfund der letzten 40 Jahre in Österreich“ bezeichnet. In einer ersten Phase sollen etwa 11 Milliarden kWh gefördert werden. Mit den Lieferungen möchte die OMV im kommenden Winter beginnen. Ihre bisherigen Investitionen in das Vorhaben bezifferte die OMV mit 150 Millionen Euro. Ihr zufolge besteht in der Region ein Potenzial von weiteren 500 Millionen Euro für andere Gasförderprojekte, „dessen Realisierung an zukünftige Entscheidungen und Marktbedingungen geknüpft ist“.

Den Fund in Wittau hatte die OMV am 28. Juli 2023 bekannt gegeben. Sie war damals mit der Explorationsbohrung „Wittau Tief-2a“ in 5.000 Metern Tiefe auf Erdgas gestoßen. Die jährliche Fördermenge des Konzerns in Österreich, die sich 2025 auf 3,5 Milliarden kWh belief, soll sich mit dem Projekt um 50 Prozent auf etwa 5 Milliarden kWh pro Jahr erhöhen. Zum Vergleich: Von 2024 auf 2025 war die Fördermenge der OMV laut der für die Erdöl- und Erdgasstatistik zuständigen Geosphere Austria um 11,3 Prozent gesunken. Der Aggregated Gas Storage Inventory zufolge liegt der österreichische Jahresbedarf an Erdgas bei 78,2 Milliarden kWh.

OMV-Generaldirektor Alfred Stern, der den Konzern Ende August verlässt, sprach von einem „strategisch wichtigen Vorhaben. Das Projekt stärkt unsere Gas-Diversifizierungsstrategie, indem heimisches Erdgas unser Portfolio gezielt ergänzt“. Nach eigenen Angaben importiert die OMV Gas nicht zuletzt aus Norwegen, wo sie eigene Vorkommen besitzt, sowie Liquefied Natural Gas (LNG) über den Terminal Rotterdam, an dem sie beteiligt ist. Ihren bis 2040 laufenden Liefervertrag mit der russischen Gazprom Export kündigte sie am 11. Dezember 2024 mit sofortiger Wirkung und beendete damit den Gasbezug aus Russland nach 56 Jahren vollständig. Der Grund war der Streit um ein Schiedsgerichtsurteil, dem zufolge die Gazprom Export der OMV 230 Millionen Euro Schadenersatz für nicht erfolgte Lieferungen nach Deutschland im Jahr 2022 schuldet. // [VON KLAUS FISCHER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

CFO Zoellmann verlässt Alterric



Dr. Kai Peter Zoellmann. Quelle: Alterric / Timo Lutz

PERSONALIE. Die Wachstumsstrategie von Alterric führt zu einem Wechsel in der Geschäftsführung. Finanzchef Kai Peter Zoellmann verlässt den Windparkbetreiber.

Das Unternehmen mit Sitz in Aurich (Niedersachsen) stellt seine Geschäftsführung neu auf. Wie das Unternehmen mitteilte, beendet Dr. Kai Peter Zoellmann seine Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO). Darauf hätten sich die Gesellschafter und Zoellmann gemeinsam verständigt.

Als Grund nennt Alterric unterschiedliche Auffassungen über die strategische Ausrichtung des Unternehmens in der aktuellen Wachstumsphase. Laut Heiko Janssen, Aufsichtsratsvorsitzender von Alterric, habe Zoellmann das Unternehmen „auf eigenen Wunsch“ verlassen.

Wer die Aufgaben des Finanzchefs dauerhaft übernehmen wird, ließ Alterric zunächst offen. Nach Angaben des Unternehmens übernimmt die bestehende Führungsstruktur die Aufgaben im Finanzbereich vorerst intern. Der eingeschlagene Wachstumskurs solle unverändert fortgesetzt werden.

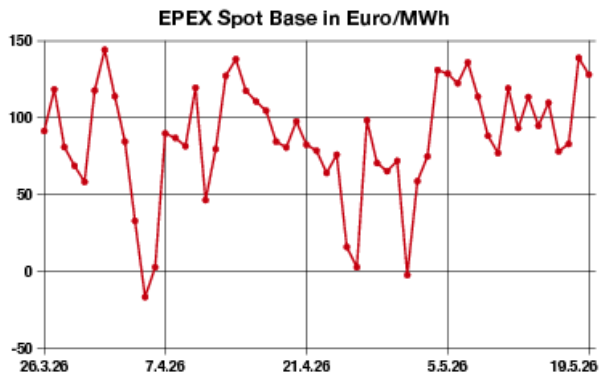
Alterric entwickelt, projiziert und betreibt Wind- und Hybridparks an Land. Neben der Windenergie gehören inzwischen auch Speicherprojekte sowie Freiflächen-Photovoltaikanlagen zum Geschäft. Das Unternehmen konzentriert sich dabei vor allem auf Projekte in Deutschland, Frankreich und Griechenland. Nach eigenen Angaben betreibt Alterric derzeit Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 2.500 MW. Die Projektpipeline umfasse weitere 11.000 MW.

Hinter Alterric stehen die Aloys Wobben Stiftung sowie der Oldenburger Energieversorger EWE. Das Unternehmen beschäftigt nach eigenen Angaben rund 600 Mitarbeiter an 15 Standorten in Deutschland sowie in Büros in Frankreich und Griechenland. // [VON DAVINA SPOHN](#)

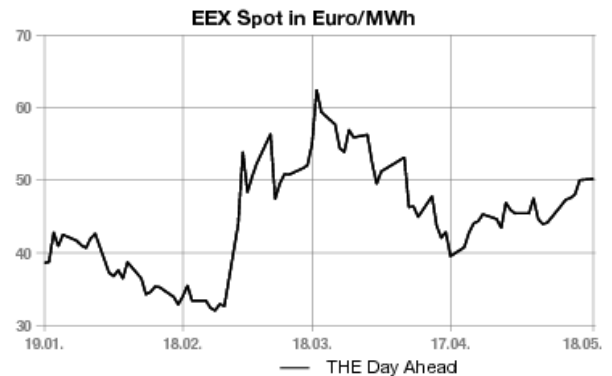
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Gaspreise steigen wieder über 50 Euro



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Fester haben sich die Energiepreise am Montag gezeigt. Die Märkte reagieren damit auf die jüngste Eskalation im Irankrieg. So hat am Wochenende ein Drohnenangriff in der Nähe eines Kernkraftwerks in den Vereinigten Arabischen Emiraten einen Brand ausgelöst. Nach Angaben von zwei mit der Situation vertrauten Quellen gegenüber der Nachrichtenagentur AP stimmt sich Israel zudem derzeit mit den USA über eine mögliche Wiederaufnahme der Angriffe gegen den Iran ab. Unterdessen drohte US-Präsident Donald Trump Iran erneut mit Vernichtung. Nach einem Telefonat mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu schrieb Trump am Sonntag in den sozialen Medien: „Für den Iran tickt die Uhr, und sie sollten sich besser schnell bewegen, sonst wird von ihnen nichts mehr übrigbleiben.“

Strom: Fester hat sich am Montag der deutsche OTC-Strommarkt gezeigt. Der Day-ahead kostete im Base 128,25 Euro je Megawattstunde und im Peak 106,75 Euro je Megawattstunde. Börslich wurden am Montag für die Grundlast 128,12 Euro ermittelt und für die Spitzenlast 106,52 Euro. Der Montag selbst war am Freitag der Vorwoche börslich in der Grundlast mit 136,50 Euro je Megawattstunde bewertet worden. Eurowind geht für die kommenden Tage von einer mäßigen Erneuerbaren-Einspeiseleistung zwischen 19 und 25 Gigawatt pro Tag am deutschen Strommarkt aus. Ab Mittwoch dürfte es zudem wärmer werden. Die Wetterdienste rechnen für die kommenden Tage für Deutschland mit einer zunehmend freundlichen Witterung, einem nur gering bewölkten Himmel und einem schwachen Windaufkommen.

Am langen Ende gewann das Strom-Frontjahr aufgrund der festeren Preise von CO₂ und der Primärenergieträger um 0,85 auf 93,04 Euro.

CO₂: Fester haben sich die CO₂-Preise am Montag präsentiert. Der Dec 26 notierte gegen 13.50 Uhr mit einem Plus von 0,81 auf 76,70 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 10,4 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 76,70 Euro, das Tief bei 75,30 Euro. In der laufenden Woche könnte die Bereitschaft der Bullen auf die Probe gestellt werden, die psychologisch wichtige 75-Euro-Marke zu verteidigen, die bislang standgehalten hat. Jede Schlagzeile, die die Fragilität des aktuellen Waffenstillstands zwischen den USA und dem Iran oder weitere Verzögerungen bei der Wiederöffnung der Straße von Hormus hervorhebt, könnte ausreichen, um dieses Niveau erneut zu testen, so die Analysten von Redshaw Advisors. Die Bären werden sich allerdings auch über die starke Unterstützung bei 74,74 Euro im Klaren sein.

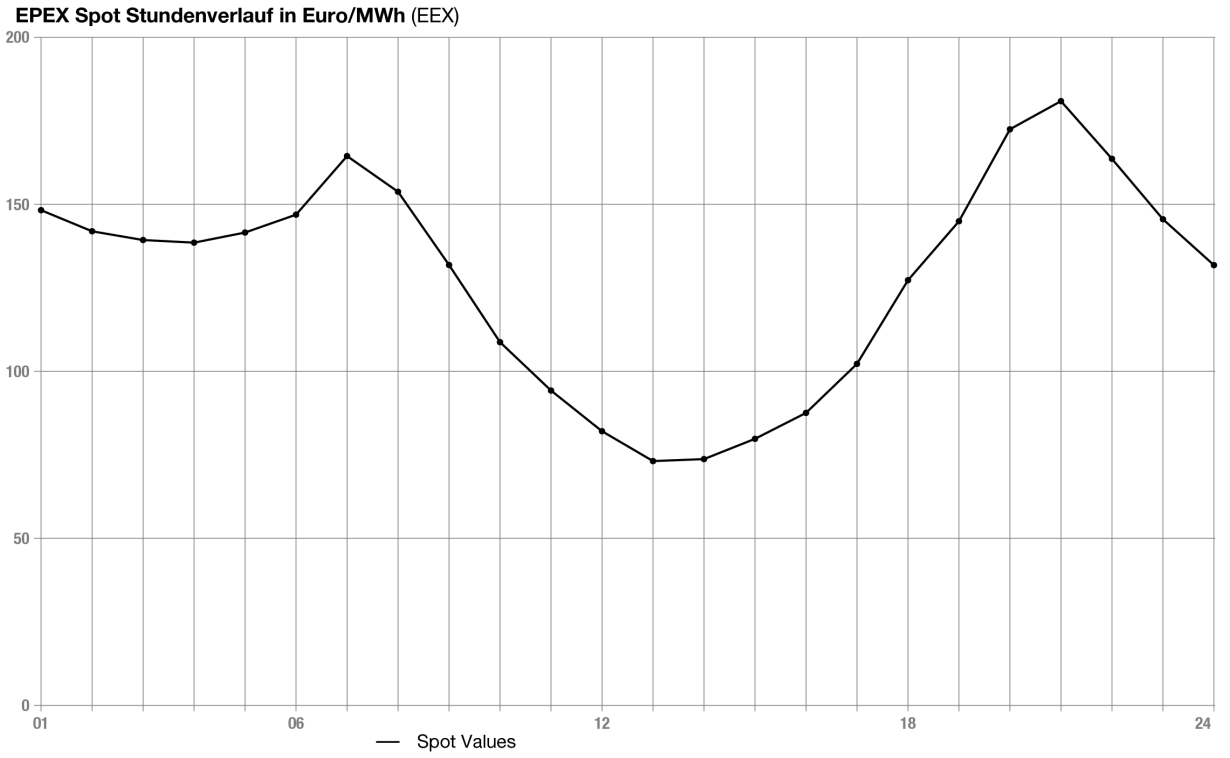
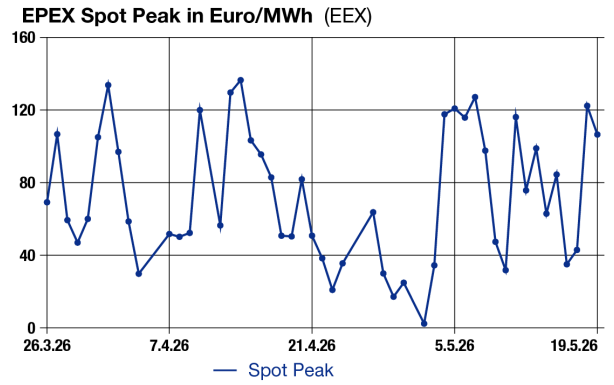
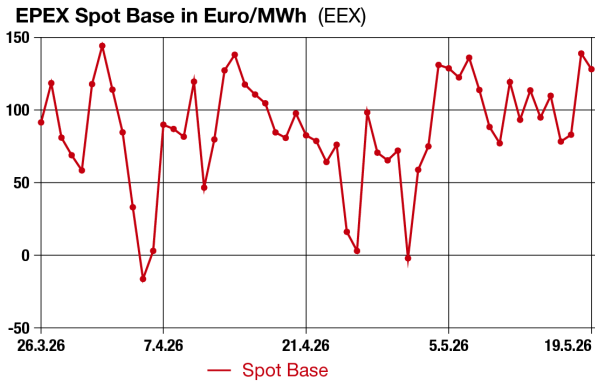
Erdgas: Vor dem Hintergrund der wieder zunehmenden Spannungen im Mittleren Osten sind die Erdgaspreise wieder über die Marke von 50 Euro gestiegen. Der Frontmonat Juni am niederländischen TTF legte bis 13.50 Uhr um 0,375 auf 50,625 Euro je Megawattstunde zu. Am deutschen THE gewann der Day-ahead um 2,175 auf 51,600 Euro je Megawattstunde. Die Händler sehen kaum Anzeichen für eine Lösung im Irankonflikt. „Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, dass der Gasmarkt das Ausmaß der Versorgungsausfälle aus dem Persischen Golf unterbewertet“, so die Analysten von ING. „Asiatische Käufer werden auf den Spotmarkt ausweichen müssen, um die ausgefallenen Lieferungen aus dem Persischen Golf zu ersetzen, was den Wettbewerb zwischen asiatischen und europäischen Käufern verschärfen wird.“ Unterdessen liegen die Lagerbestände in der Europäischen Union bei 36 Prozent der Kapazität und damit deutlich unter dem Fünfjahresdurchschnitt von 50 Prozent.

// VON CLAUD-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt



Strom Terminmarkt

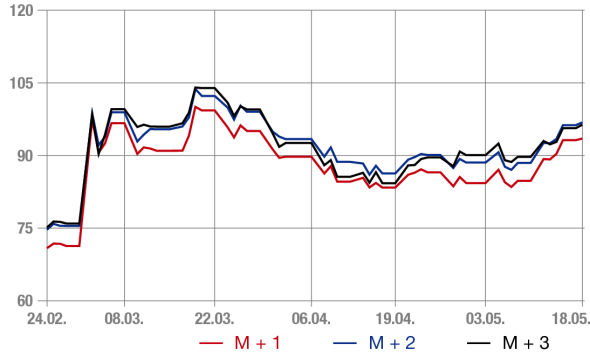
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

| | Handelstag | Kontrakt | Preis |
|----|------------|-----------------------|--------|
| M1 | 18.05.26 | German Power Jun-2026 | 93,50 |
| M2 | 18.05.26 | German Power Jul-2026 | 96,83 |
| M3 | 18.05.26 | German Power Aug-2026 | 96,35 |
| Q1 | 18.05.26 | German Power Q3-2026 | 100,15 |
| Q2 | 18.05.26 | German Power Q4-2026 | 118,94 |
| Q3 | 18.05.26 | German Power Q1-2027 | 113,67 |
| Y1 | 18.05.26 | German Power Cal-2027 | 93,04 |
| Y2 | 18.05.26 | German Power Cal-2028 | 79,36 |
| Y3 | 18.05.26 | German Power Cal-2029 | 73,32 |

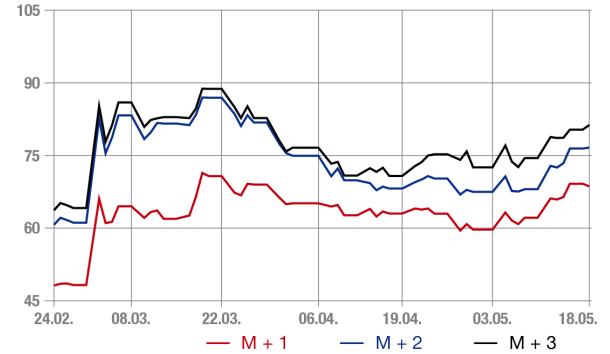
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

| | Handelstag | Kontrakt | Preis |
|----|------------|-----------------------|--------|
| M1 | 18.05.26 | German Power Jun-2026 | 68,63 |
| M2 | 18.05.26 | German Power Jul-2026 | 76,64 |
| M3 | 18.05.26 | German Power Aug-2026 | 81,30 |
| Q1 | 18.05.26 | German Power Q3-2026 | 89,10 |
| Q2 | 18.05.26 | German Power Q4-2026 | 145,67 |
| Q3 | 18.05.26 | German Power Q1-2027 | 132,32 |
| Y1 | 18.05.26 | German Power Cal-2027 | 97,87 |
| Y2 | 18.05.26 | German Power Cal-2028 | 84,99 |
| Y3 | 15.05.26 | German Power Cal-2029 | 79,35 |

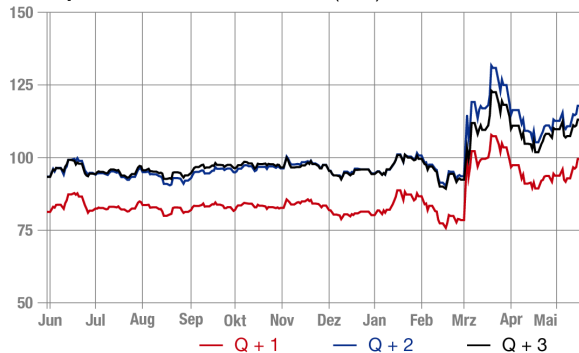
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



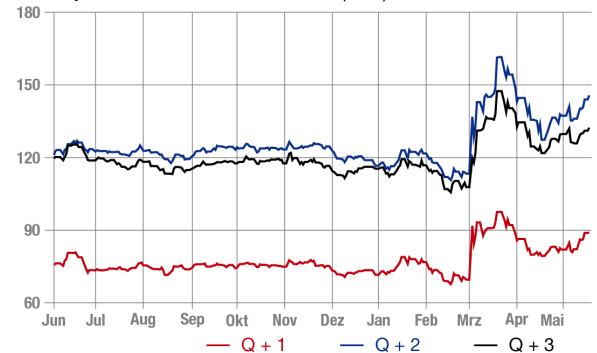
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



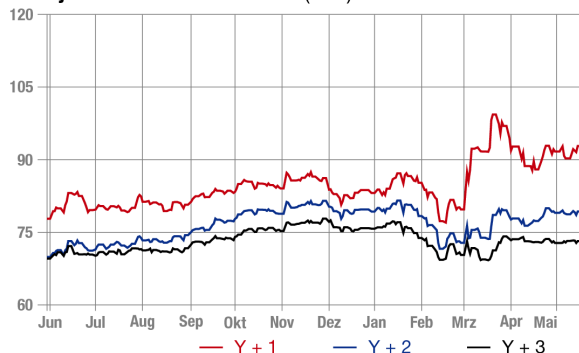
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



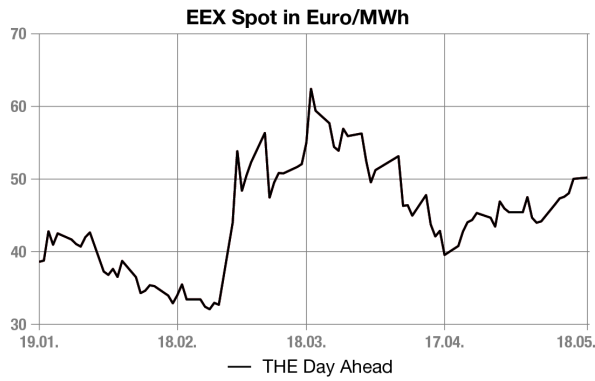
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



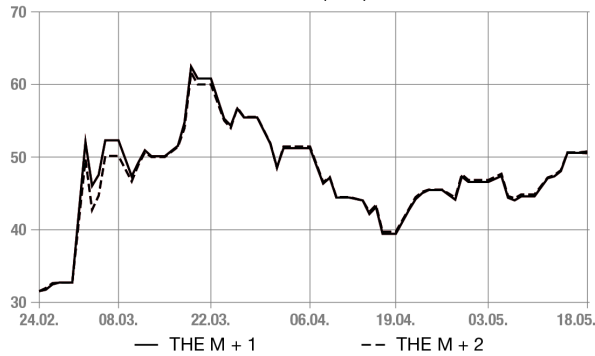
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

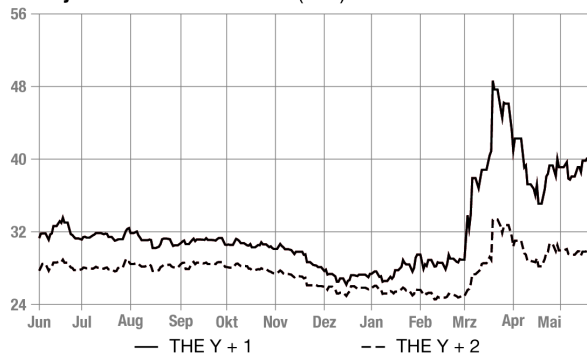
| | Handelstag | Kontrakt | Preis |
|----|------------|-------------------------|-------|
| M1 | 18.05.26 | German THE Gas Jun-2026 | 50,54 |
| M2 | 18.05.26 | German THE Gas Jul-2026 | 50,78 |
| Q1 | 18.05.26 | German THE Gas Q3-2026 | 50,87 |
| Q2 | 18.05.26 | German THE Gas Q4-2026 | 50,65 |
| S1 | 18.05.26 | German THE Gas Win-2026 | 49,76 |
| S2 | 18.05.26 | German THE Gas Sum-2027 | 37,18 |
| Y1 | 18.05.26 | German THE Gas Cal 2027 | 40,14 |
| Y2 | 18.05.26 | German THE Gas Cal 2028 | 29,95 |



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



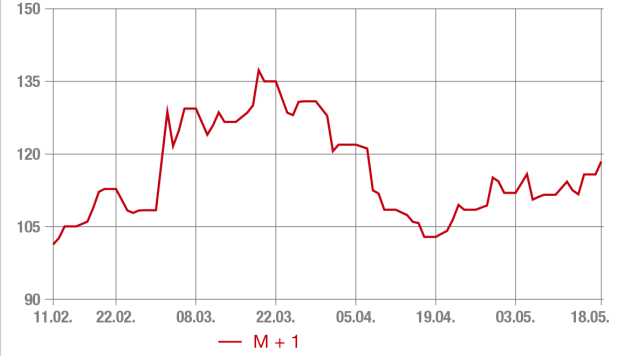
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

| Kontrakt | Handelstag | akt. Kurs | Einheit |
|---------------------|------------|-----------|-----------|
| Germany Spot base | 18.05.26 | 128,12 | EUR/MWh |
| Germany Spot peak | 18.05.26 | 106,52 | EUR/MWh |
| EUA Juni | 18.05.26 | 74,53 | EUR/tonne |
| Coal API2 Juni 2026 | 18.05.26 | 118,45 | USD/tonne |

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

| Kontrakt | Handelstag | akt. Kurs | Einheit |
|--------------------------|------------|-----------|-----------|
| German THE Gas Day Ahead | 18.05.26 | 50,21 | EUR/MWh |
| German THE Gas Jun-2026 | 18.05.26 | 50,54 | EUR/MWh |
| German THE Gas Cal 2027 | 18.05.26 | 40,14 | EUR/MWh |
| Crude Oil Brent Jul-2026 | 18.05.26 | 112,10 | USD/tonne |

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Leitender Oberarzt für Mikrobiologie / Krankenhaushygiene (m/w/d) in Kulmbach

Leitender Oberarzt für Mikrobiologie / Krankenhaushygiene (m/w/d) Stellen-ID: 1141 Standort: Kulmbach...
in Kulmbach
vor 2 h



Landmaschinenmechaniker (m/w/d) im Garten- und Landschaftsbau

Die Gruppe Garten- und Landschaftsbau GmbH ist ein traditionsreiches Familienunternehmen mit Sitz...
in Dortmund (+1 weiterer Standort)
vor 2 h

Spezialist Festanstellung / Ausbildung / Freie Mitarbeit Weiterbildung



Facharbeiter (m/w/x) im Garten- und Landschaftsbau

Die Gebr. Schmid Bauunternehmung ist ein traditionsreiches Familienunternehmen mit Sitz in Tübinge...
in Tübingen
vor 2 h

Ausbildung / Freie Mitarbeit



LKW-Fahrer (gn) für Baustoffe und Agrarprodukte im nationalen Fernverkehr

Die Agrar Service Meyer GmbH mit Sitz in Wahrenholz ist ein familiengeführtes Unternehmen, das sich...
in Wahrenholz
vor 2 h

Festanstellung






Landschaftsgärtner im Garten- und Landschaftsbau (m/w/x)




Landschaftsbau Vierthaler mit Sitz in Thalhausen bei Freising ist seit über 20 Jahren ein zuverlässiger...
in Freising
vor 2 h



Spezialist Festanstellung / Freie Mitarbeit Weiterbildung




[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)



IHRE E&M REDAKTION:



Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting
  




Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung
  




Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität
 



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE
  

Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke
 

Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie
 

Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung
  

Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke
  

Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**
 

Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

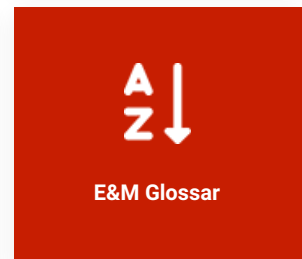
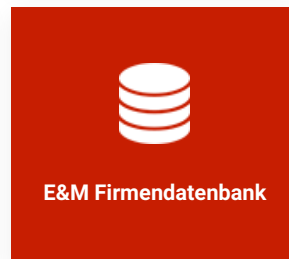
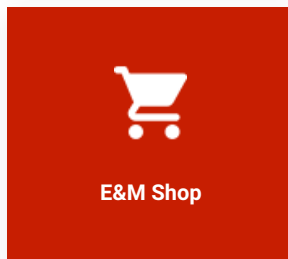
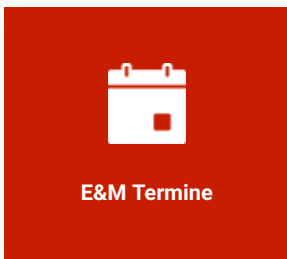
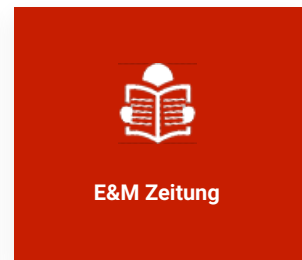
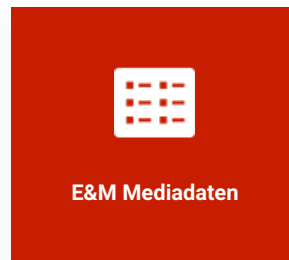
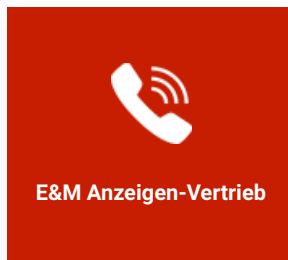
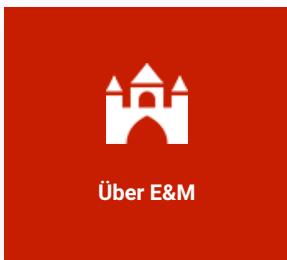
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

